

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordnete Dr. Marco Genthe und Dr. Stefan Birkner (FDP)

Nachfragen - Zuverlässigkeitsüberprüfung für Polizeianwärter?

Anfrage der Abgeordneten Dr. Marco Genthe und Dr. Stefan Birkner (FDP) an die Landesregierung, eingegangen am 19.08.2019

Auf unsere Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung „Zuverlässigkeitsüberprüfung für Polizeianwärter?“ (Drucksache 18/3996) antwortete die Landesregierung, dass dem Ministerium für Inneres und Sport keine Fälle bekannt seien, in denen Reichsbürger, Extremisten oder Personen mit Clanhintergrund für niedersächsische Sicherheitsbehörden gearbeitet bzw. sich beworben haben und im Bewerbungsverfahren aussortiert wurden. Die Landesregierung schränkte die Antwort insoweit ein, dass die Antwort sich nur auf Personen bezog, „die aufgrund

- ihrer nachweislichen Zugehörigkeit zur sogenannten Reichsbürgerbewegung oder
- ihrer nachgewiesenen aktiven Betätigung für Bestrebungen, die verfassungsfeindliche Ziele verfolgen und somit als extremistisch zu bewerten waren, oder
- eines Dienstvergehens, welches nachweislich Rückschlüsse auf einen Clanhintergrund erkennen ließ,

aus dem Beamtenverhältnis entfernt wurden bzw. deren Arbeitsverhältnis aus diesen Gründen beendet wurde“.

Die Landesregierung führte weiter aus, dass vor dem Hintergrund der aktuellen sicherheitspolitischen Lage und neuer Extremismusphänomene derzeit durch das Ministerium für Inneres und Sport die Möglichkeit der Einbeziehung einer Erkenntnisanfrage beim Verfassungsschutz zum Zweck einer dadurch bedingten und erforderlichen verstärkten charakterlichen Eignungsüberprüfung von Bewerberinnen und Bewerbern für den Polizeivollzugsdienst geprüft werde.

1. Wie viele Fälle sind der Landesregierung seit 2013 bekannt, in denen Personen für niedersächsische Sicherheitsbehörden gearbeitet bzw. sich beworben haben und im Bewerbungsverfahren aussortiert wurden, die aufgrund zweifelhafter Verfassungstreue (z. B. § 86 a StGB) entlassen bzw. disziplinarisch bestraft wurden (bitte nach Jahren, genauem Grund, Behörde und Art des Arbeitsverhältnisses aufschlüsseln)?
2. Wann wird die Prüfung, ob die Einbeziehung einer Erkenntnisanfrage beim Verfassungsschutz zum Zweck einer dadurch bedingten und erforderlichen verstärkten charakterlichen Eignungsüberprüfung von Bewerberinnen und Bewerbern für den Polizeivollzugsdienst eingeführt wird, durch das Innenministerium abgeschlossen sein?
3. Was genau meint die Landesregierung mit der „aktuellen sicherheitspolitischen Lage“?
4. Was genau meint die Landesregierung mit „neuen Extremismusphänomenen“?

(Verteilt am 22.08.2019)